

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 14. Dezember 1965

Blatt 3501

Dienstag, den 21. Dezember:

Wahl des neuen Kulturstadtrates

=====

14. Dezember (RK) Am Dienstag; dem 21. Dezember,
findet im Anschluß an die Budgetberatungen der Verwaltungs-
gruppe XI (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) die Wahl
von Gemeinderat Gertrude Sandner zum neuen Amtsführenden
Stadtrat für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung als
Nachfolgerin von Stadtrat Hans Mandl statt.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und
Fotoreporter zu dieser Wahl und zur Angelobung im Sitzungs-
saal des Wiener Gemeinderates zu entsenden.

- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:Das Wiener Gesundheitswesen
=====

14. Dezember (RK) Am fünften Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen, behandelt. Stadtrat Dr. Glück (ÖVP) führte in seinem Referat aus:

"Meinen Bericht über das Budget der Geschäftsgruppe V möchte ich heuer ausnahmsweise mit den Leistungen der Magistratsabteilung 16 beginnen. Obwohl diese Abteilung bei den Budgetverhandlungen der letzten Jahrzehnte nie erwähnt wurde, kommt ihrer Arbeit ganz wesentliche Bedeutung zu.

Die Abteilung für Sanitätsrechtsangelegenheiten ist maßgeblich beteiligt an der Vorbereitung der verschiedensten Gesetze, zum Beispiel des Tuberkulosegesetzes, des Epidemiegesetzes, des Krankenpflegegesetzes und der Bazillenausscheiderverordnung, um nur einige wichtige herauszugreifen. Heuer wurde unter anderem auch der Entwurf eines Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetzes ausgearbeitet, es wurde die planmäßige Bekämpfung der Ratten durch neue gesetzliche Regelungen verstärkt. Allein in Apothekerangelegenheiten wurden in diesem Jahr bereits 463 Akte erledigt und 182 Krankenanstaltenangelegenheiten abgeschlossen.

Kein einziger Kinderlähmungsfall in Wien

Ich habe in meinen früheren Ausführungen schon immer betont, daß neben der kurativen Medizin auch ein neuer umfangreicher Schwerpunkt, nämlich die prophylaktische Medizin immer mehr an Bedeutung gewinnt, das heißt jene medizinische Tätigkeit, die vorbeugend wirken und das Auftreten von Krankheiten von vornherein verhindern soll.

Das Gesundheitsamt kann auch für das heurige Jahr auf beachtliche Erfolge im Rahmen der prophylaktischen Medizin hinweisen.

Wenn wir uns die Leistungen der Magistratsabteilung 15 in diesem Jahr ansehen, so können wir mit großer Freude feststellen, daß auch heuer kein Fall von übertragbarer Kinderlähmung gemeldet wurde. Aus dieser wichtigen Feststellung darf

man wohl den Schluß ziehen, daß der Erfolg der oralen Schutzimpfung bei der Bekämpfung der Krankheit mit ihren oft furchtbaren Folgeerscheinungen in unserer Bundeshauptstadt hundertprozentig war. Es ist selbstverständlich, daß diese Impfungen heuer, sie haben übrigens Mitte November begonnen, und auch im nächsten Jahr an den jährlich anfallenden neuen Jahrgängen unter den gleichen Bedingungen durchgeführt werden. Außerdem werden im kommenden Jahr Untersuchungen durchgeführt werden, die uns ein Bild darüber geben sollen, wie lange der hundertprozentige Schutz durch bereits durchgeführte Impfungen anhält.

Die Erkrankungen an infektiöser Gelbsucht, die erst seit kurzer Zeit anzeigepflichtig sind, sind in ihrer Gesamtheit im Verhältnis zur gleichen Zeit des Jahres 1964 annähernd gleich geblieben. Bei Auftreten dieser Erkrankung zum Beispiel in Kindergärten oder Internaten wurde heuer mit prophylaktischen Maßnahmen, das heißt mit Verabreichung von Gammaglobulin für die gesamte Gruppe begonnen.

Impfaktion gegen Wundstarrkrampf

Für das kommende Jahr ist eine weitere vorbeugende und meinem Ermessen nach sehr wichtige Maßnahme vorgesehen. Durch eine umfassende Impfaktion soll erreicht werden, daß der so gefürchtete Wundstarrkrampf verhütet wird. Die Infektion erfolgt bei dieser Krankheit ausschließlich durch Kontakt von Wunden mit Straßentaub. Es gibt zwar zum Unterschied von der Kinderlähmung auch nach einer Verletzung, zum Beispiel nach einem Straßenunfall, eine Möglichkeit zur Verhinderung der Krankheit, nämlich die Tetanusschutzimpfung. Diese kann aber mit zusätzlichen Gefahren auch ernster Art verbunden sein. Die erfolgreichste Prophylaxe ist aber die aktive Schutzimpfung. Der Beginn dieser Aktion ist für das Frühjahr 1966 vorgesehen.

Für grippegefährdete Bedienstete der Stadt Wien, also vor allem für die in einem Spital arbeitenden Angestellten, wurde und wird auch derseit eine Grippeimpfung auf Kosten des Wiener Magistrates durchgeführt.

Gegen die Rattenplage

Zur allgemeinen Hygiene zählt in enger Verbindung zur Bekämpfung der Seuchen auch die Bekämpfung der Ratten. Im ersten Halbjahr 1965 wurden annähernd 75.000 Auslegungen mit fast

25.000 Kilogramm Giftködermaterial in etwas mehr als 46.000 Objekten durchgeführt. Zur Regelung der Rattenbekämpfung wurde in diesem Jahr eine neue Fassung der gesetzlichen Bestimmungen geschaffen. Diese Bestimmungen geben nun die Möglichkeit, neben der fortlaufenden Rattenbekämpfung sogenannte 'Rattenkampftage' durchzuführen. Besonders notwendig sind diese Maßnahmen bei Aufgrabungsarbeiten und bei Auftreten von Kanalschäden. Für diese über das übliche Maß hinausgehenden Bekämpfungsmaßnahmen gegen die Ratten wurde mir auch für das kommende Jahr ein entsprechender Betrag zur Verfügung gestellt.

Die langanhaltende Regenperiode und das Hochwasser im Frühjahr ließen in diesem Jahr eine besonders große Gelsenplage aufkommen. Darf ich dazu gleich sagen, daß eine Gesundheitsgefährdung oder Malariaausbreitung durch die Gelsenplage nicht erfolgt. Deshalb war die Gesundheitsbehörde auch nicht vor die Notwendigkeit gestellt, eine Bekämpfung der Stechfliegen mit allen Mitteln in die Wege zu leiten. Ich persönlich bin der Meinung, daß gegen lokalisierte Bekämpfungsmaßnahmen zum Beispiel im Bereich von Bädern kein Einwand zu erheben ist. Bei großräumigen und ausgedehnten Gelsenbekämpfungsmaßnahmen, die ja mit chemischen Mitteln durchgeführt werden, ist die Gefahr einer Störung des biologischen Gleichgewichtes durch Schädigung von Bienen und anderen nützlichen Tieren nicht von der Hand zu weisen. Ich glaube, daß aus diesem Grund großräumige Gelsenbekämpfungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden sollen.

Modernisierung des schulzahnärztlichen Dienstes

Zu den **Referaten** des Gesundheitsamtes zählen auch die Schulzahnkliniken. Diese haben bis zum Ende des Schuljahres 1964/65 nach jenem Routinesystem gearbeitet, wie es im Jahre 1922 eingeführt worden ist. Die Zustände derzeit sind aber völlig andere als vor 40 Jahren. Es war daher dringend notwendig, die Schulzahnkliniken den geänderten Verhältnissen anzupassen. Im Einvernehmen und nach Absprache mit dem Stadtschulrat wurde der schulzahnärztliche Dienst grundlegend modernisiert und die Umstellung im Bereich der Schulzahnkliniken ist derzeit in vollem Gange. Worauf es uns ankommt, ist, daß sichergestellt wird, daß alle Kinder in den städtischen Pflichtschulen mindestens zwei Mal jährlich zahnärztlich untersucht werden und daß diese Untersuchungen in den Schulen stattfinden. Das ./.

Ergebnis der Untersuchungen wird den Eltern der Kinder schriftlich mitgeteilt. Die Behandlung selbst soll dann bei den freiberuflich tätigen Zahnärzten durchgeführt werden. Das stößt deshalb auf keine Schwierigkeiten, da ja fast alle Kinder krankenversichert sind. Für jene Kinder und Jugendliche, bei denen dies aus irgendeinem Grund nicht möglich ist, wurden fünf ehemalige Schulzahnkliniken in Wien, wenn ich so sagen darf, in Schwerpunktstationen umgewandelt, in denen alle Kinder und Jugendliche kostenlos behandelt werden.

Diese Jugendzahnkliniken werden mit den modernsten Apparaten ausgestattet. Es wird auch eine eigene Narkosestation geschaffen, in der alle chirurgischen und konservierenden Behandlungen in Vollnarkose kostenlos durchgeführt werden können. Sollten Kontrolluntersuchungen, die nun jährlich zweimal durchgeführt werden, ergeben, daß die bei der letzten Untersuchung festgestellten Schäden des Gebisses nicht behoben wurden, werden die Eltern in die Schule vorgeladen und über die Wichtigkeit der notwendigen Zahnbehandlung aufgeklärt.

Als wichtige Einrichtung bei den Schulzahnkliniken kann ich nun endlich die Schaffung einer kieferorthopädischen Station des Gesundheitsamtes mitteilen. Eine große Zahl der Wiener Schulkinder benötigt eine Zahnregulierung. Die derzeit bestehenden kieferorthopädischen Zahnkliniken in der Poliklinik und der Universitätszahnklinik sind nicht in der Lage, alle Kinder in Behandlung zu nehmen. Diese neue Station des Gesundheitsamtes wird vorerst in der Schulzahnklinik Josefstadt in der Wickenburggasse untergebracht. Die entsprechende Adaption der Räume ist derzeit schon im Gange. Die Eröffnung dieser Station wird am 1. März 1966 erfolgen.

Die Fluoraktion, die eine echte und wirkungsvolle Cariesprophylaxe darstellt, wird in diesem Schuljahr 1965/66 in allen vier Volksschulklassen und den ersten und zweiten Klassen der Hauptschulen und in den höheren Schulen durchgeführt. Ständig werden die Kinder durch wiederholte Aufklärung von der Notwendigkeit der Tabletteneinnahme zu überzeugen versucht. Unverändert geht die Durchführung dieser Aktion bei allen werdenden Müttern, Säuglingen und Kleinkindern weiter. Als Folge dieser Fluortablettenaktion ist derzeit schon fest-

stellbar, daß die Zahnfäule um 15 Prozent zurückgegangen ist. Sie betrug im Jahre 1962 60 Prozent und im Jahre 1965 47 Prozent. Dieser große Erfolg ist nur durch die Fluortablettenaktion erklärbar.

Weitere Erfolge in der Tbc-Bekämpfung

Auch auf dem Gebiet der Tuberkulosefürsorge kann Erfreuliches berichtet werden. Der Anteil der Wiener Kinder bei der Gesamtzahl an Neuerkrankungen an Tuberkulose in Österreich ist innerhalb von zehn Jahren von 29 Prozent auf 7 Prozent zurückgegangen. Diese außerordentlich erfreulichen Resultate gewinnen noch an Bedeutung, wenn man die größere Infektionsgefahr in einer Großstadt berücksichtigt. Meines Erachtens ist dieser Erfolg auf die konsequent durchgeführte BCG-Impfung zurückzuführen. Mehr als 90 Prozent aller Neugeborenen werden hier in Wien gleich nach der Geburt gegen Tuberkulose geimpft und die Nachimpfung führt ein Impfteam des Gesundheitsamtes lückenlos bei den neun- bis zehnjährigen Volksschülern durch.

In diesem Jahr sind um 7 Prozent weniger an aktiver Tuberkulose erkrankte Patienten festgestellt worden. Obwohl große Erfolge im Kampf gegen die Tuberkulose erzielt wurden, ist diese Seuche noch lange nicht ausgerottet. Deshalb ist es auch im kommenden Jahr notwendig, die Fürsorgestellen zu modernisieren. So wurde in diesem Jahr die Tuberkulosefürsorgestelle unter anderem im 5. und 14. Bezirk ausgebaut und neu ausgestaltet.

Auch bei den Schirmbildreihenuntersuchungen - und diese Untersuchungen halte ich für besonders wichtig - konnten im letzten und in diesem Jahr schöne Erfolge erzielt werden. Im Durchschnitt kann man sagen, daß von tausend Personen ein bis zwei tuberkulosverdächtige Personen gefunden werden, die nicht wissen, daß sie bereits erkrankt sind.

Ein neues großes Problem stellen die tuberkulösen Gastarbeiter dar. In unserem Tuberkulosereferat wurde bei den Gastarbeitern eine hohe Durchseuchung festgestellt. Die hier in Wien durchgeführten Untersuchungen ergaben, daß unter hundert Fällen zirka drei Fälle mit offener Tuberkulose aufgedeckt werden.

Auch die Gesundenuntersuchungsstellen werden in großem Ausmaß von der Wiener Bevölkerung in Anspruch genommen. Auf einem internationalen Kongreß der deutschen Gesellschaft für Dokumentation wurden die Resultate unserer Gesundenuntersuchungsstellen außerordentlich beachtet und dabei betont, das Österreich damit wegweisend ist. In diesem Jahr wurden bei 3,5 Prozent der durchuntersuchten Frauen und Männer geschwulstverdächtige Befunde erhoben. Heuer wurde im 18. Bezirk eine neue Gesundenuntersuchungsstelle eröffnet.

Sowohl bei der Fürsorge für Alkoholkranke, als auch bei der Fürsorge für Geisteskranke erhöht sich die intensive Betreuung von Jahr zu Jahr. Die Zusammenarbeit mit den Ärzten ist eine erfreulich gute. Vor einigen Wochen konnte eine dritte Beratungsstelle für Alkoholiker im 2. Bezirk eröffnet werden. Im Südosten des Stadtgebietes ist die Eröffnung einer weiteren Beratungsstelle im kommenden Jahr geplant.

Untersuchung des Trinkwassers

Nun zur hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt. Trinkwasseruntersuchungen mit Färbeversuchen wurden im Trinkwasserwerk Lobau in reichlicher Zahl durchgeführt. Ebenso wurde und wird die projektierte Fassung und Einleitung der ~~Sieben~~ Quellen hydrologischen Untersuchungen laufend unterzogen. Im heurigen Jahr wurden auch auf dem Gebiet der Abwasserhygiene Großuntersuchungen der Donau und des Donaukanals durchgeführt. Aus diesen Untersuchungen geht hervor, daß vor allem der Donaukanal aus hygienischen Gründen zu sanieren wäre. Diese Sanierung würde auf Grund der Untersuchungen am besten dermaßen erfolgen, daß die Ausmündung der beiden Hauptsammelkanäle in den Donaustrom verlegt werden soll.

Zum Schutz der Donau ist eine mechanische zentrale Kläranlage erforderlich. Diese Anlage müßte allerdings jetzt schon so projektiert werden, daß in der Zukunft eventuell ein stufenweiser Ausbau im Sinne einer vollbiologischen Klärung der Abwässer möglich wäre.

In den letzten zwei Jahren wurden von der bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt Wien und dem Institut für medizinische Physik in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt der Stadt Wien Messungen der

bestehenden Luftverunreinigung durchgeführt. Untersucht wurde dabei der Staub-, Blei-, Schwefeldioxyd- und CO-Gehalt der Luft. Diese Untersuchungen müssen noch jahrelang durchgeführt werden, um auswertungs- und publikationsfähig zu werden. Für die, bei den Bezirksgesundheitsämtern entnommenen Straßenluftproben liegen Meßwerte von 0,1 - 1,1 mg/m³ vor. Das ist als ein relativ günstiges Ergebnis zu werten. Die Zeit ist allerdings noch zu kurz, um daraus endgültige Schlüsse ziehen zu dürfen.

Seit Juli 1965 steht unserem Hygienereferat ein Präzisions-Schallpegelmessger zur Verfügung, dadurch ist es nun bei den Begutachtungen möglich, Lärmbekämpfung objektiv auf Grund eigener Messungen zu untersuchen. Mit diesem Instrument konnten die uns angezeigten Lärmbelästigungen abgestellt werden.

Die Wiener Spitäler

Bei dem nun folgenden Bericht über das Anstaltenamt möchte ich gleich mit einem Punkt beginnen, der dem Spitalerhalter zunehmende Sorgen bereitet, nämlich die stetige Zunahme der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben.

1966 werden pro Patient und Tag cirka 293 Schilling (ohne Investitionen) und 359 Schilling (mit Investitionen) ausgegeben. Wegen dieser steigenden Kosten ist die Magistratsabteilung 17 im April 1965 an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger um Erhöhung der Pflegegebühren herangetreten. Es wurde damals eine Erhöhung des Satzes von 104 Schilling auf 130 Schilling verlangt. Die Verhandlungen konnten vor einigen Tagen wohl abgeschlossen werden, doch war es nicht möglich den angestrebten Satz zu erreichen. Die neuen Ansätze der Pflegegebühren betragen nunmehr für Sozialversicherte pro Tag 114 Schilling für Selbstzahler 148 Schilling, für Selbstzahler in der II. Gebührenklasse 198 Schilling, in der I. Klasse 240 Schilling. Diese bei den Verhandlungen erzielten neuen Sätze konnten bei der Budgeterstellung allerdings noch keine Berücksichtigung finden.

Für die Inventarerhaltung werden 37 Millionen Schilling (im vorigen Jahr 34,3 Millionen Schilling) notwendig sein. Für die Anschaffung medizinischer Apparate und Geräte im kommenden Jahr, sowie für das allgemeine Inventar sind 20,400.000 Schilling (im vorigen Jahr 19,850.000 Schilling) vorgesehen. Für Medikamente werden 107 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt (im vorigen Jahr 91,29 Millionen Schilling), für die bauliche Erhaltung in den städtischen Krankenanstalten 31 Millionen Schilling (im vorigen Jahr 31 Millionen Schilling) und für die Investitionen auf dem Bausektor 216,500.000,-Schilling (im vorigen Jahr 177,49 Millionen Schilling). In dieser Summe ist auch die Rate für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses in der Höhe von 140 Millionen Schilling enthalten.

Großes Spitalsbauprogramm

Nun zu den bedeutendsten Projekten, die im kommenden Jahr durchgeführt werden sollen.

Darf ich mich zuerst mit unserem derzeit größten Bauprojekt, dem Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, befassen. Vor kurzem konnte im Rahmen einer kleinen Feier die Dachgleiche der neuen Wohngebäude begangen werden. Ein wichtiger Abschnitt, nämlich Bauabschnitt 1, im Rahmen unseres Bauprogrammes wurde damit erreicht.

Dieser erste Bauabschnitt umfaßt zwei große Personalwohnhäuser und die Schwesternschule mit Internat, daneben auch noch einen Autoabstellplatz für 140 Kraftfahrzeuge. Der Spitzenausschuß hat in seiner 12. Sitzung vom 1. Juni 1964 die Summe von 340 Millionen Schilling für diesen ersten Bauabschnitt genehmigt. Unmittelbar nach dieser Sitzung konnte unverzüglich mit dem Bau dieser drei großen Objekte begonnen werden.

Die Wohnräume weisen eine Größe von 24,5 m² auf und sind in Form von modernen Garconnieren gestaltet. Bei der Einrichtung dieser Garconnieren wird dafür Sorge getragen werden, daß eine behagliche und wohnliche Atmosphäre entsteht.

./.

Neben diesen geplanten Bauarbeiten wurde auch ein neues Kanalnetz angelegt. Es wurden zwei neue Hauptsammler errichtet, die Länge dieser neuen Kanäle beträgt 520 Meter. Erfreulich bei dem Bau dieser großen Objekte war die Tatsache, daß die vorgesehene Bauzeit nicht nur eingehalten, sondern teilweise sogar unterboten werden konnte.

Im kommenden Jahr wird nun mit dem Bauabschnitt 2 begonnen werden. Diese Gebäudegruppe, die nun die gesamte Psychiatrische Klinik, die Kinder- und Jugendpsychiatrische Abteilung, die Kinderklinik und die Heilpädagogische Abteilung umfaßt, ist südwestlich des Kerns der Anlage angeordnet. Verbindungsgänge sollen diese Gebäudegruppe mit dem Hauptgebäude verbinden, um die notwendigen funktionellen Zusammenhänge herzustellen.

Die Psychiatrische Klinik wird aus einem dreigeschoßigen Untersuchungs- und Behandlungsbau bestehen. Im Untergeschoß werden die Aufnahme, der Eingang für Liegendkranke und eine Spezialpflegeeinheit, im Erdgeschoß die Ambulanzen, physikalische Therapie, Beschäftigungstherapie und im 1. Obergeschoß die neurophysiologischen und andere Labors, alle Nebenräume und die Leitung untergebracht werden. Der dreigeschoßige Bettenbaukörper umfaßt sechs Pflegeeinheiten. Die Jugendpsychiatrie ist zwischen Psychiatrischer- und Kinderklinik geplant.

Anschließend daran ist die Kinderklinik vorgesehen, die wiederum aus einem dreigeschoßigen Untersuchungs- und Behandlungsflachbaukörper und dem darauf aufgesetzten sechsgeschoßigen Bettenbaukörper besteht.

Der Bau dieser gesamten Anlage wird im kommenden Jahr begonnen, nach Fertigstellung dieses Bauabschnittes 2, der wohl drei bis vier Jahre in Anspruch nehmen wird, kann die Neuropsychiatrische und die Kinderklinik in diesen Neubau übersiedeln. Unmittelbar nach dieser Übersiedlung wird der Abbruch der derzeitigen Psychiatrischen Klinik durchgeführt, dieser Abbruch wiederum ist Voraussetzung für den Beginn der Arbeiten des eigentlichen Kernkomplexes dieses Neubaus.

./.

Eine besonders wichtige Entscheidung wurde in der letzten Sitzung des Spitzenausschusses vom 23. Juni 1965 getroffen. Ursprünglich war die Errichtung des Allgemeinen Krankenhauses in zwei Baustufen projektiert. Die Bauleitung hat nun angeregt, die Entscheidung, den Neubau in zwei völlig getrennten Etappen durchzuführen, nochmals zu überprüfen. Mehrere Punkte waren maßgebend dafür, daß der Spitzenausschuß auf Grund dieser Anregung beschlossen hat, den Neubau in einer Etappe durchzuführen:

Erstens müßte die II. Universitäts-Frauenklinik, die Hals-, Nasen- und Ohrenklinik und die I. Medizinische Universitätsklinik generalsaniert werden. Es müßte zweitens ein Versorgungstunnelsystem für die sogenannten neuen Kliniken geschaffen werden. Drittens würden auch von bodenmechanischer, fundierungstechnischer und baukonstruktiver Art wesentlich umfangreichere Arbeiten und Adaptierungen erfolgen müssen und viertens würde die Errichtung in zwei Baustufen bedeuten, daß im Bereich dieses großen Krankenhauses für die Dauer vieler Jahre eine Großbaustelle mit allen damit verbundenen störenden Auswirkungen auf den ganzen Betrieb der Anstalt bestehen würde.

Das zweite große Bauvorhaben im Rahmen des Neubaus der Universitätskliniken ist der Umbau der II. Chirurgischen Universitätsklinik und I. Universitäts-Frauenklinik. Diese Arbeiten werden auch im kommenden Jahr programmgemäß weitergehen. Im heurigen Jahr wurden die Rohrarbeiten zur Gänze fertiggestellt. Mit der Vollendung der Arbeiten, die die Operationsräume, Ambulanz, Röntgen, Atemphysiologie und Kieferstation umfassen, ist in Kürze zu rechnen.

Im Rahmen des Klinikerprogramms wird im kommenden Jahr die Urologische Klinik, die Orthopädische und die Kieferchirurgische Klinik überholt und modernisiert. Außerdem ist ein neues Sanierungsprogramm für die alten Kliniken in Arbeit.

Besonders hervorheben möchte ich die Errichtung einer Betatronbestrahlungsanlage, deren Bau im kommenden Jahr fortgesetzt und voraussichtlich abgeschlossen wird. Mit der Betatronanlage im Zentralröntgeninstitut des Allgemeinen Krankenhauses werden wir in Wien ein zweites großes Bestrahlungszentrum geschaffen haben.

Nun zu dem zweiten großen Bauvorhaben, dem Neubau des Rudolfspitals. Bedingt durch die seit der Errichtung dieser Anstalt in den Jahren 1860 bis 1864 stürmisch vorangetriebene Entwicklung der Medizin wurde die Notwendigkeit einer grundlegenden Restaurierung oder Neuerrichtung des völlig veralteten Hauses erkannt. Auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses (vom 20. Juli 1962) wurde nun nach geraden und gründlichen Vorarbeiten der Weg zur Errichtung des Neubaus der Krankenanstalt Rudolfspital freigegeben. In einem sechzehngeschoßigen Bettenhochhaus im Einflursystem wird nun dieses Schwerpunktspital erstehen.

Es wird ein Operationszentrum mit acht Operationssälen und einer eigenen Aufwach- und Intensivpflegestation geschaffen. Im ersten Untergeschoß wird eine zentrale Versorgungsebene untergebracht, wie zum Beispiel Bettenzentrale, Zentralapotheke, Zentralsterilisationsanlage, sowie eine große physikalische Therapieanlage und außerdem die Prosektur und die Archivräume.

Die für jeden Krankenhausbetrieb entscheidende Frage der Transport- und Verkehrswege ist durch weitgehende Automatisierung horizontaler und vertikaler Verbindungen gelöst. Ausgangsebene aller vertikalen Versorgungswege ist das erste Untergeschoß mit seinen zentralen Einrichtungen im Sinne einer 'zentralen Koordinierungsstation', von der aus alle Stationen raschestens erreicht werden können.

Eine große Variabilität in den Ambulanzen ist durch die Planung von Zwischenwandelementen vorgesehen, ebenso ist es auch in den Stationen möglich, durch Austausch von Zwischenwänden Sechsbettzimmer in Dreibettzimmer und umgekehrt ohne große Schwierigkeiten umzuwandeln.

Die technischen Einrichtungen dieses Schwerpunktspitales werden den modernsten Anforderungen entsprechen. Rufanlagen, Personalsuchanlagen, Gegensprechanlagen, Rohrpostverbindungen, ausreichende Telefonanschlüsse und konsequente Rationalisierung des Behandlungs- und Pflegeablaufes sind vorgesehen.

Der gegenwärtige Stand ist so, daß der Abbruch des Westverbaues bis auf das Erdgeschoß abgeschlossen ist, die Fundamente für das Kesselhaus sind teilweise fertiggestellt. Die notwendige Verlegung der Abteilungen und Ambulanzen ist im großen und ganzen abgeschlossen und eine provisorische Unterbringung sichergestellt. Mit dem Umbau der Küche kann am 3. Jänner 1966 begonnen werden.

Im Krankenhaus Lainz wurde heuer die Betatronanlage fertiggestellt. Ich glaube, daß wir die Fertigstellung dieser Anlage als einen sehr großen Fortschritt bezeichnen dürfen. Es ist dies die erste Anlage, die in Osterreich ihrer Bestimmung übergeben wurde.

Im kommenden Jahr wird mit dem Neubau des Zentrallaboratoriums und Isotopenlaboratoriums begonnen. Die Planungsarbeiten für diesen Neubau sind bereits abgeschlossen. Das Gesamterfordernis für dieses Objekt beträgt 20,600.000 Schilling. Für ein Schwerpunktspital halte ich die Errichtung einer derartigen Zentraleinrichtung für unbedingt erforderlich und für einen entscheidenden Fortschritt. Außerdem wird in diesem Spital im kommenden Jahr auch das geistliche Schwesternheim entsprechend adaptiert.

Im ilhelminenspital konnte in diesem Jahr im Rahmen des großen Erweiterungsprogrammes der Pavillon 28 mit 204 Betten seiner Bestimmung übergeben werden. In diesem Pavillon ist eine chirurgische Abteilung, die gynäkologisch-geburtshilfliche und eine urologische Abteilung untergebracht. Im Erdgeschoß befinden sich die entsprechenden Ambulanzen. Der Operationstrakt im 5. Stock verfügt über vier aseptische und zwei septische Operationssäle. Im 6. Stock sind die Ärztedienstzimmer und die Zimmer für die diensthabenden Schwestern untergebracht. Die Gesamtkosten dieses Pavillons betragen 60 Millionen Schilling. Die Kosten für das Bett betragen somit rund 250.000 Schilling.

Im kommenden Jahr wird nun in diesem Spital das große neue Röntgeninstitut fertiggestellt. 18 Millionen Schilling sind als Baukosten für dieses Röntgeninstitut vorgesehen. Dazu kommen noch die Einrichtungskosten von 7,2 Millionen Schilling und der Kobaltbunker mit 5,2 Millionen Schilling. Eine entscheidende Maßnahme stellt auch der Neubau einer großen unfallchirurgischen Abteilung dar. Die Planungen für diesen Neubau, der 120 Betten umfassen wird, sind abgeschlossen. Es kann somit 1966 mit dem Bau dieser Abteilung, der mir ganz besonders wichtig erscheint, begonnen werden. Im Franz Josef-Spital ist die Planung einer neuen urologischen Abteilung noch nicht abgeschlossen. In diesem Spital wird die 2. medizinische Abteilung modernisiert. Im Elisabethspital ist es gelungen, für die Bauvorbereitungen und für den Baubeginn der ersten Baustufe, es handelt sich hierbei um den Neubau der chirurgischen Abteilung, eine erste Baurate sicherzustellen.

In der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe wurde heuer der Pavillon Hermann fertiggestellt. Mit Pavillon Austria und diesem Pavillon wurden nun in dieser Anstalt zwei mustergültige Abteilungen geschaffen. Die Kosten für den Umbau und die Modernisierungsarbeiten im Pavillon Hermann betragen zwölf Millionen Schilling. Auch unsere geistlichen Schwestern, die in dieser Anstalt arbeiten, haben neue und schöne Wohnmöglichkeiten bekommen. Im kommenden Jahr wird die Generalsanierung des Pavillons Leopold begonnen.

Ein großes Projekt im nächsten Jahr, dessen Planung bereits abgeschlossen ist, ist die Errichtung eines Sonderkinderkrankenhauses für gehirngeschädigte Kinder. Die Gesamtkosten dieses Neubaues werden sich auf 40 Millionen Schilling belaufen. Ich glaube es als einen großen Fortschritt bezeichnen zu dürfen, daß für diese bedauernswerten Kinder eine zweckentsprechende Anstalt errichtet wird.

Für weitere Planungsarbeiten unter anderem auch für das Krankenhaus Ost ist im Budget eine entsprechende Summe vorgesehen.

Die Altersheime

Bei unseren städtischen Altersheimen hat sich der systemisierte Bettenstand von 6.315 auf 6.475 Betten erhöht. Trotz der recht umfangreichen Bauarbeiten in verschiedenen Altersheimabteilungen war es auch in diesem Jahr möglich, eine achtundnunzigprozentige Ausnützung des Durchschnittsbettenbelages zu erzielen.

Im Altersheim Lainz wird der völlige Umbau des Pavillons XI, es handelt sich dabei um die große neurologische Abteilung dieser Anstalt, fortgesetzt und abgeschlossen. Die Gesamtkosten für diesen Umbau betragen 37,1 Millionen Schilling. ..

Ebenso wird im kommenden Jahr der Einbau von Zentralheizungsanlagen und Installierungsanlagen von Kalt- und Warmwasser in den Pavillons IV, VI und XIV weitergeführt und teilweise abgeschlossen. Auch auf den Erweiterungsbau der Heizwerkstätte, der im kommenden Jahr voraussichtlich abgeschlossen werden kann, möchte ich nicht vergessen hinzuweisen.

Im Altersheim Baumgarten wird Pavillon VI in allernächster Zeit in Betrieb genommen werden können. Dieser Pavillon umfaßt über hundert Betten und ist entsprechend den neuesten Erfahrungen und Kenntnissen umgebaut worden.

Weiters wird in dieser großen Anstalt der Bau der Zentralheizungsanlage im Pavillon II fortgesetzt. Die Gesamtkosten für den Neubau dieser Zentralheizungsanlage in diesem Pavillon betragen 23 Millionen Schilling.

Sehr viel Sorge bereitet mir das Altersheim Liesing, das in seiner derzeit baulichen Gestaltung für den Betrieb eines Altersheimes wenig geeignet erscheint. Da der Umbau einen sehr beträchtlichen Kostenaufwand erfordern würde, ist an einen Neubau gedacht, an dessen Planung bereits gearbeitet wird. Dieses neue Altersheim soll im Süden der Stadt mit einem Fassungsraum zwischen 800 bis 1.000 Betten errichtet werden.

Im Altersheim St. Andrä werden die Arbeiten zur Fertigstellung der Aufstockung des Tagraumzubaues abgeschlossen. Auch der Anstaltsausbau wird im Jahre 1966 mit einem Betrag von 950.000 Schilling vollendet. Dadurch wird die Eröffnung einer neuen Station in Bälde ermöglicht. Die Kosten dieser Station betragen insgesamt 2,2 Millionen Schilling. ./.

Die Finanzierung der Planung eines Altersheimes im Zusammenhang mit einem Krankenhaus links der Donau im städtebaulichen Entwicklungsgebiet Stadlau, wird, wie ich schon erwähnt habe, auch im kommenden Jahr sichergestellt.

Im systemisierten Bettenstand der Anstalten für Geistes- kranke tritt auch im kommenden Jahr keine Änderung ein. Die Intensivierung der psychiatrischen und medizinischen Betreuung der Kranken beginnt sich aber insoferne vorteilhaft auszuwirken, als der Durchschnittsbelag erstmals nun nach vielen Jahren eine deutlich sinkende Tendenz aufweist. Besonders der Ausbau der therapeutischen Einrichtungen, wobei hier besonders die Arbeitstherapie einen hervorragenden Anteil hat, gewährleistet, daß die Patienten wieder ins Berufsleben zurückgeführt werden können. Die Errichtung eines Tag- und Nachtspitals im Psychiatrischen Krankenhaus hat sich so bewährt, daß sie eine Dauereinrichtung der Anstalt wurde. Im Einvernehmen zwischen Anstaltsarzt, Fürsorgerin und Arbeitsamt werden dem Patienten hierbei Arbeitsstellen vermittelt, die er auf Grund seines psychischen Zustandsbildes auszufüllen instande ist. Im Tagspital werden jene Patienten untergebracht, die noch nicht den Arbeitsprozeß eingegliedert werden können. Sie üben im Rahmen der Arbeitstherapie ihre Tätigkeit aus.

Im Psychiatrischen Krankenhaus wird nun der völlige Umbau und die Modernisierung des Pavillons XXIV im kommenden Jahr abgeschlossen. Die Kosten dieses Unbaues betragen 5,4 Millionen Schilling.

Unsere zweite Anstalt, die Heil- und Pflegeanstalt Ybbs a/D. wird im Jahre 1967 ihr 1150jähriges Bestandsjubiläum begehen. Bei dieser Anstalt wird derzeit geprüft, in welchem Umfang eine Erweiterung dieser Anstalt möglich wäre.

Ausbau des Rettungsdienstes

Darf ich mich nun einem Kapitel zuwenden, das besondere Bedeutung im Rahmen meiner Geschäftsgruppe hat, nämlich das Rettungs- und Krankenbeförderungswesen. 1964 und 1965 wurden insgesamt 14 neue Ambulanzwagen mit Spezialausstattung und Spezialeinrichtung gekauft, es wurde die Rettung mit entsprechender

Sprechfunkanlage versehen, neue Uniformen für das gesamte Rettungs- und Krankenbeförderungspersonal angeschafft. Abgesehen davon wurde die Rettungszentrale völlig modernisiert.

Mit dem Bau der neuen Rettungs- und Sanitätsstation Arsenal wurde begonnen.

Der Umbau und die Modernisierungsarbeiten der Rettungsstation Penzing wurden eingeleitet.

Die Rettungsstation Aspang wurde geschaffen und modern eingerichtet.

Im kommenden Jahr nun sollen die Umbau- und Modernisierungsarbeiten der Station Mariahilf abgeschlossen werden.

Außerdem können im nächsten Jahr, und das freut mich ganz besonders, 10 neue Ambulanzwagen gekauft werden. Die Kosten für einen Wagen betragen 180.000 Schilling.

Alle Rettungsstationen wurden mit modernen und wohnlichen Einrichtungsgegenständen versehen. Mit diesen Arbeiten wird nun sehr bald die Generalsanierung unseres Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes abgeschlossen werden können.

In der Rettungszentrale befindet sich auch die sogenannte Bettenzentrale. Besetzt ist die Bettenzentrale mit einem Arzt, der die Einweisungsdiagnosen überprüft und bei Unklarheit Rücksprache mit den einweisenden Ärzten hält. Durch diese Maßnahmen gelang es immer, für schwere akute Fälle Betten zur Verfügung zu stellen. Bei den pflegebedürftigen Patienten wurde ein sofortiges Einvernehmen mit der Magistratsabteilung 12 hergestellt, die die Aufnahme in die Altersheime durchführt.

500 Schwestern fehlen

Auch im kommenden Jahr sollen für unsere Krankenpflegeschulen illustrierte Prospekte an alle Haushalts- und Mittelschulen von Wien, Niederösterreich und Burgenland ausgesendet werden und auch in den Spitälern zur Verteilung gelangen. Die Werbung, die in diesem Jahr durchgeführt wurde, hat es mit sich gebracht, daß die Zahl der Bewerberinnen für unsere Krankenpflegeschulen zugenommen hat.

Auch das monatliche Taschengeld unserer Schülerinnen wurde erhöht. (Im ersten Jahrgang von 300 Schilling auf 320 Schilling, im zweiten Jahrgang von 415 Schilling auf 445 Schilling und im dritten Jahrgang von 585 Schilling auf 625 Schilling.)

Außerordentlich bewährt haben sich in jeder Krankenpflegeschule die Vorpraktika. Der Andrang ist so groß, daß das Referat V Schwierigkeiten hat, Räume für Vorpraktika zu finden.

Ich glaube, daß auch dieser große Erfolg auf unsere intensive Werbung zurückzuführen ist.

Zum Krankenpflegepersonalstand darf ich Ihnen mitteilen, daß derzeit 366 Posten unbesetzt sind. Wenn man den Karenzurlaub und den Krankenstand hinzurechnet, so fehlen uns durchschnittlich 500 Schwestern. Diese Tatsache bringt es mit sich, daß ständig Stationen gesperrt gehalten werden müssen. Im Monat November dieses Jahres sind es 600 Betten, die wegen Personalmangel nicht belegt werden können. Daraus ergibt sich wohl, daß die Nachwuchssituation im Schwesternberuf sehr ernst zu beurteilen ist. Es muß von seiten der Gemeindeverwaltung alles überlegt und durchdacht werden, den Mangel gerade auf diesem Sektor zu beheben. Der Krankenpflegeberuf muß aufgewertet werden. Die Tatsache der Abwertung und Nivellierung zugunsten des Sanitätshilfspersonals wirkt auf die ausgebildeten Schwestern selbstverständlich entmutigend und stellt die Arbeit, die Mühe und natürlich auch die Kosten einer dreijährigen Ausbildung überhaupt in Frage. Nach wie vor bin ich der Meinung, daß für diesen Beruf ein eigenes Gehaltsschema anzustreben wäre. Wenn wir diesen Beruf aufwerten wollen und das müssen wir wohl, dann ist es unsere Pflicht, auch das soziale Prestige dieses Berufes zu heben. Die Art der Lebensführung und die Höhe des Einkommens sind aber nun einmal Wertmesser des gesellschaftlichen Ansehens. Dazu kommt noch, daß die völlig antiquierte Vorstellung, die derzeit noch über den Krankenpflegeberuf bei dem Großteil der Bevölkerung vorherrscht, richtiggestellt werden muß. Motivforschungsuntersuchungen über das Bild der Schwestern in der

Öffentlichkeit haben das bestätigt. Man ist vielfach noch immer der Ansicht, daß mit diesem Beruf Verzicht auf Freiheit, auf geregelten Lohn, auf soziale Anerkennung, auf Privatleben und womöglich noch der Verzicht auf das 'Geheiratetwerden' verbunden ist.

Ich glaube, wir müssen hier einiges richtigstellen: Ein neuer Schwesterntyp muß geschaffen werden: Die moderne selbstbewußte, junge Frau, die als Helferin des Arztes sich einer wunderschönen Aufgabe widmet.

Ich hoffe, daß auch die neue Schwestertracht hier ihren Beitrag dazu leistet. Ich bin nun aber unbedingt der Ansicht, daß auch bei der Kleidung äußere Kennzeichen die diplomierte Krankenschwester vom Krankenpflegehilfsdienst unterscheiden müssen.

Von großer Bedeutung ist, glaube ich, daß für unsere Schwestern auch entsprechende Wohnmöglichkeiten geschaffen werden. In den letzten Jahren wurden im Wilhelminenspital, Franz-Josef-Spital und im Rudolfspital Schwesternhäuser gebaut. Derzeit sind im Preyer'schen Kinderspital und im Allgemeinen Krankenhaus Wohnhäuser für Schwestern im Bau. Für die Kinderklinik Glanzing, Krankenhaus Lainz und Psychiatrisches Krankenhaus sind entsprechende Schwesternhäuser bereits in Planung. Mit dem Ausbau der Schwesternhäuser wird ein entscheidender Schritt zur Behebung des Personalmangels im Krankenpflegeberuf getan.

Rationalisierung in den Spitälern

Auch die vom Gemeinderat am 19. November 1965 eingesetzte Rationalisierungskommission begrüße ich sehr. Ich bin der Meinung, daß die Mitglieder dieser Rationalisierungskommission Fachleute und Firmen heranziehen müßten. Mir selbst wurden allerdings seit zwei Jahren meine Bemühungen, verschiedene Firmen, zum Beispiel die Hospitalplan oder die Ogefa einzusetzen, um Rationalisierungsmaßnahmen auszuarbeiten, nicht bewilligt. Meine Hoffnung geht nun dahin, daß über diesen Weg meine Bemühungen nun doch verwirklicht werden. Dazu kommt selbstverständlich, daß alle Rationalisierungsmaßnahmen Geld kosten. Wenn nicht

das entsprechende Geld bei Vorliegen von Plänen flüssig gemacht wird, so wird auch das Einsetzen einer derartigen Kommission keinen Sinn haben.

Eines möchte ich auf alle Fälle klarstellen. In den letzten Jahren wurden von seiten der Magistratsabteilung 17 eine Reihe von Rationalisierungsmaßnahmen bereits durchgeführt. Wenn ich nur einiges hervorheben darf, so sind es vor allem die Rationalisierungsmaßnahmen in den Küchen, wesentliche Erleichterungen der Wäschemanipulation durch Auflassung des Zählvorganges, keine monatliche Inventur, akustische Ruf- und Gegenprechanlage, Modernisierung des Speisentransportes durch elektrische Transportwagen, Standardisierung des Krankenbettes und der Nachtkästchen, Rohrpostanlagen, zentrale Sterilisierungsanlagen, Einmalgeräte für Bluttransfusionen und Injektionen, zentrale Sauerstoffversorgungsanlagen, Spitalgebührenverrechnung durch Lochkartensystem und so weiter.

Abschließend möchte ich noch allen Bediensteten meiner Verwaltungsgruppe für ihre geleistete Arbeit recht herzlich danken. Darf ich auch allen Mitgliedern des Gesundheitsausschusses V für die erfolgreiche und schöne Zusammenarbeit in diesem Jahr herzlich danken."

- - -

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes):

Internationales Studentenheim in Döbling wird vergrößert

Planungsarbeiten für die zweite Baustufe

14. Dezember (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat nun die Planungsarbeiten für die Erweiterung des Internationalen Studentenheimes Döbling, soweit sie für eine genaue Kostenermittlung des zweiten Bauteiles erforderlich sind, mit einem Aufwand von 1.006.000 Schilling genehmigt. Bekanntlich wurde das Internationale Studentenheim der Stadt Wien im 19. Bezirk, Gymnasiumstraße 85, mit 364 Zimmern und allen dazugehörigen Gemeinschafts- und Nebenräumen am 1. Oktober 1963 eröffnet.

Wie groß der Bedarf an Heimplätzen für in- und ausländische Hochschüler ist, zeigt allein schon die Tatsache, daß das Studentenheim in der Gymnasiumstraße sofort vollbelegt war und nach dem ersten Betriebsjahr nur 19 Plätze freigeworden sind. Zu diesem Zeitpunkt lagen aber bereits 1.800 weitere Ansuchen um Aufnahme in das Studentenheim vor. Am Ende des zweiten Betriebsjahres war die Situation ähnlich.

Bei der aus dem Jahr 1960 stammenden Planung des Studentenheimes war eine Endkapazität von rund 700 Zimmern beziehungsweise Betten vorgesehen, doch wurde zunächst nur der erste Bauteil errichtet. In Anbetracht des Quartiermangels für in- und ausländische Hörer der Wiener Hochschulen erscheint es nunmehr unerlässlich, so bald wie möglich mit dem zweiten Bauteil zu beginnen.

Die notwendigen Besprechungen über das Raumprogramm und die Wirtschaftlichkeit des gesamten Projekts führten innerhalb des Magistrats bereits zu den gewünschten Ergebnissen. Die Einbringung eines ausgereiften Projektes im Gemeinderat zur Beschlußfassung steht bevor. Der für die Planung des ersten Bauteiles verantwortliche Architekt Fred Freyler wurde auch mit den Vorarbeiten für den zweiten Bauteil betraut.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

Debatte über Gesundheitswesen

In der Spezialdebatte befaßt sich als erster Diskussionsredner GR. Lehner (ÖVP) mit der Situation der Wiener Privatkrankenhäuser und bedauert, daß für sie nicht genug getan wird. Anscheinend ist man bei den Sozialversicherungsinstituten auf sie nicht sehr gut zu sprechen. Es ist kaum glaublich, wenn man hört, daß man diesen Spitälern pro Bett und Tag bis jetzt 104 Schilling bezahlt hat, die echten Kosten in unseren Gemeindespitälern aber pro Tag 293 Schilling ausmachen. Auch wenn man nun eine Erhöhung auf 114 Schilling vorgenommen hat, so ist das absolut noch nicht befriedigend. Immerhin stellen doch die Privatspitäler Wiens unserer Bevölkerung 4.760 Betten zur Verfügung, und wir wissen, wie es uns heute erginge, hätte hier nicht private Initiative mit Idealismus gepaart Hervorragendes geleistet. Durch die Arbeiten der Privatspitäler ersparen wir uns - weil ansonsten diese Arbeit die Gemeinde Wien leisten müßte - täglich mehr als eine Million Schilling, im Jahr 373 Millionen.

Die finanzielle Lage der Privatspitäler ist derzeit äußerst schwierig und es ist deshalb verständlich, daß unter diesen Arbeitnehmern eine gewisse Unruhe herrscht.

Hier sei allen, die mit der Krankenpflege zu tun haben, gedankt. Besonderer Dank gebührt einer Gruppe von Idealisten: den 739 geistlichen Schwestern, die heute noch in unseren städtischen Krankenanstalten Dienst machen. Ihre Zahl nimmt freilich ständig ab, und wir sehen auch noch diese Sorge auf uns zukommen.

In der Bevölkerung wird oft nicht verstanden, daß man immer wieder viele Millionen in das alte Allgemeine Krankenhaus steckt, obwohl schon am neuen gearbeitet wird. Man muß aber bedenken, daß das Allgemeine Krankenhaus im Jahr von 70.000 Patienten in Anspruch genommen wird und bis zur Fertigstellung des neuen Hauses noch fast zehn Jahre vergehen werden.

./.

Diese 700.000 Menschen können auf ihre Behandlung nicht zehn oder auch nur ein Jahr warten. Jede Ausgabe wird aber genau auf ihre Notwendigkeit überprüft.

Im Hinblick auf die Zunahme der Verkehrsunfälle ist die bereits im Gang befindliche Dezentralisierung der Unfallkrankenhäuser zu begrüßen. Das Wilhelminenspital wird die Westeinfahrt Wiens betreuen, das geplante Krankenhaus Wien-Ost die Gebiete jenseits der Donau, das Rudolfsspital die Osteinfahrt und den Süden das Franz Josef-Spital.

Zur Frage der Besetzung der Primariate führt der Redner aus: Wir erklären uns mit der großen Zahl von Ärzten solidarisch, welche über die Art, mit der man über die Reihungsvorschläge des Landes-Sanitätsrates hinweggeht, mehr als befremdet sind. Für uns ist der Landes-Sanitätsrat ein Forum von erstklassigen Fachleuten, das sich eine Reihung reiflich überlegt, und wir sind doch wohl alle einer Meinung, daß der Beste für die Leitung unserer Wiener Spitäler gerade gut genug ist.

Gemeinderat Lehner begrüßt dann die Aufstellung der Betatronanlage in Lainz. Wenn sie auch 8,6 Millionen Schilling gekostet hat, sind wir doch überzeugt, daß es keine Ausgabe gibt, welche vor dieser den Vorrang haben könnte. In diesem Zusammenhang hebt der Redner auch die Bedeutung der Gesundenuntersuchung hervor und stellt schließlich fest: Wir sind dagegen, wenn man, wenn es um die Gesundheit unserer Bevölkerung geht, parteipolitische Ziele verfolgt. Wir verstehen es nicht, wenn die Krebsforschung bürokratisch durchgeführt werden soll. Diese große Aufgabe erfordert eine echte Zusammenarbeit, sie ist ein Gebot der Stunde.

GR. Pellet (SPÖ) erklärt, diese Geschäftsgruppe hat das Ziel, der Bevölkerung zu dienen, ihre Gesundheit zu erhalten, den Kranken und Alten zu helfen. Ein Teil dieser Betreuung gilt auch den jungen Menschen, jenen, die in Lehrlings- und in Durchgangsheimen untergebracht sind. Mit Dank kann vermerkt werden, daß die Lehrlinge und Lehrmädchen sehr gut betreut und die Heime ständig renoviert und modernisiert werden. In einer Hinsicht allerdings sind sie etwas stiefmütterlich dran: bei der Verpflegung. Es geht nicht an, daß für die Verpflegung täglich nur 14 Schilling, in einem Durchgangsheim sogar nur

11,90 Schilling bereitgestellt werden. Der Körper dieser jungen Menschen ist im Entwicklungsstadium, und es wäre sehr angebracht, in der Frage der Verköstigung eine Verbesserung herbeizuführen.

Zur Lärmbekämpfung verweist der Redner darauf, daß vor kurzem in Deutschland ein Bundesgesetz geschaffen wurde, das dem Schutz vor Baulärm dient. Abschließend fragt er, ob gegen die Verunreinigung der Luft Maßnahmen getroffen worden sind.

GR. Maller (KLS) spricht über den Bettenmangel. Es sei nicht zu verantworten, wenn auch noch Betten wegen Urlaubs oder wegen des Schwesternmangels stillgelegt werden müssen.

Aufgabe der Stadt Wien sei es, dafür zu sorgen, daß der Schwesternberuf wieder anziehend wird.

Er habe vor zwei Jahren die Schaffung einer Spezialgeschwulstklinik angeregt. Diese Forderung wurde heuer auch von GR. Dr. Gisel erhoben. Stadtrat Dr. Glück hat geantwortet, daß dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht zweckmäßig erscheine. Demgegenüber betont der Redner, daß bei einer Tagung der Weltgesundheitsorganisation die Forderung nach eigenen Tumorkliniken und Spezialkrankenhäusern aufgestellt wurde.

Zur Kinderlähmungsimpfung: Die diesjährige Aktion ist wegen des Mangels an Propaganda nicht sehr erfolgreich gewesen. Dabei haben ungeimpfte Kinder jetzt ein größeres Risiko als früher. Der Redner verlangt Auskunft, wieviel Prozent der Neugeborenen im Vorjahr geimpft wurden, wieviel Prozent voraussichtlich bei der diesjährigen Aktion erfaßt werden, warum heuer eine Anmeldung erforderlich war und warum man keine entsprechende Aufklärung und Propaganda für die Impfkaktion betrieben hat.

Zum Defizit der Krankenanstalten sagt GR. Maller, es sei unverständlich, daß die Spitäler wie jeder Greißler Umsatzsteuer bezahlen müssen. Auch auf die Besteuerung von Heilmitteln hat der Finanzminister nicht verzichtet. In diesem Zusammenhang fragt er, welche Belastungen den Krankenanstalten durch die Versorgung der Patienten mit Medikamenten erwachsen und polemisiert gegen die hohen Handelsspannen der Apotheken.

Abschließend erklärt GR. Maller im Namen der KLS-Fraktion, daß er dem Budget für das Gesundheitswesen nicht die Zustimmung geben könne.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bezeichnet als die unerfreulichste Seite des Gesundheitswesens das Problem des sich ständig vergrößernden Spitalsdefizits. Der reine Betriebsabgang bei den städtischen Krankenanstalten, einschließlich AKH und der psychiatrischen Anstalten, hat, ohne die baulichen Herstellungen und Inventaranschaffung einzuschließen, 1964 bereits 503 Millionen Schilling betragen. Für 1965 rechnet man mit 520 Millionen und für 1966 bereits mit 572 Millionen Schilling Defizit. Der Betrag, den der Bund nach dem Krankenanstaltengesetz an die Wiener Spitäler vergütet, ist im Voranschlag mit 43,5 Millionen eingesetzt, das sind also nur etwas mehr als 7,5 Prozent. Für die Heil- und Pflegeanstalten leistet der Bund überhaupt keinen Zuschuß. Das Problem des Spitalsdefizits ist natürlich nicht nur ein Wiener Problem. Auch Provinzstädte mit eigenen Krankenanstalten stehen schon am Rande des Ruins. Einige Vorschläge, auf welche Weise man den spitalerhaltenden Gemeinden helfen könnte, stehen ja inzwischen zur Diskussion. So hat der Hauptverband der Sozialversicherungsträger vorgeschlagen, daß Bund und Länder je $\frac{3}{8}$ und die spitalerhaltenden Gemeinden $\frac{2}{8}$ des reinen Betriebsabganges übernehmen sollten. Was dem Redner an diesem Vorschlag nicht gefällt, ist die Tatsache, daß die Höhe des Kostenzuschusses allein vom Defizit abhängen soll. Eine derartige Maßnahme würde eine wirtschaftliche Führung der Krankenanstalten kaum fördern. Nach einem Vorschlag von Vizebürgermeister Slavik könnte das Defizit dadurch gemeinsam getragen werden, daß ein halbes Prozent der Ertragsanteile zugunsten eines Fonds für die spitalerhaltenden Gemeinden zur Verfügung gestellt würde. Er hat jedoch nicht gesagt, nach welchem Schlüssel die Aufteilung dieses Fonds vor sich gehen sollte, ob vielleicht auch hier nach der Höhe des Defizits?

Die einfachste und gerechteste Lösung wäre nach Ansicht des Redners, wenn man als Schlüssel für die Aufteilung die Zahl der geleisteten Verpflegstage der einzelnen Krankenanstalten nehmen würde. Man könnte dann auch einen Weg finden, die Privatspitäler entsprechend zu berücksichtigen.

Als erfreulich bezeichnet GR. Dr. Hirnschall, daß im kommenden Jahr wesentlich höhere Beträge für Spitalsbauten bereitgestellt sind. Besonders fällt auf, daß die Gelder etwas konzentrierter für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, das Rudolfsspital und Wilhelminenspital verwendet werden sollen. Diese Projekte werden dadurch sicherlich rationeller und kostensparender durchgeführt werden können. Für den geplanten Neubau der Chirurgie im Elisabethspital und den Neubau des Krankenhauses Wien-Ost sind im Budget anscheinend keine neuen Beträge eingesetzt.

Im Rudolfsspital sind die Bauarbeiten derzeit in vollem Gang. Leider dürfte es aber trotz des Bestehens eines eigenen Bau- und Planungsausschusses zu Fehlplanungen gekommen sein. Es wurde nämlich der Saal 29, der zur 1. Medizinischen Abteilung gehört, vollkommen umgebaut und nun heuer, nachdem alles fertig war, abgerissen. Der Redner ersucht um Aufklärung in dieser Angelegenheit.

Zu gering erscheinen ihm die Ansätze für die Anschaffung von medizinischen Apparaten und Geräten. Der veranschlagte Betrag von sieben Millionen wird kaum zu einer zeitgemäßen instrumentellen Ausrüstung der Spitäler beitragen. Zur notwendigen Entlastung des Pflegepersonals müßte man mehr an die Anschaffung arbeitssparender und -erleichternder Geräte denken. Der Redner denkt dabei an die Verwendung der sogenannten Einmal-Geräte, die langwierige Reinigungsarbeiten ersparen, weil sie nach einmaligem Benützen weggeworfen werden können. Manchmal fehlt es jedoch in den Spitälern nur an Kleinigkeiten. So stehen zum Beispiel auf einer Station mit 40 Betten im Allgemeinen Krankenhaus nur 13 Fieberthermometer zur Verfügung, was die Arbeit der Schwestern natürlich nicht erleichtert.

Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß man zwei sogenannte Bettenzentralen trotz ihrer Fertigstellung nicht verwendet. Diese Einrichtung dient dazu, die Betten der Entlassenen zu reinigen, zu desinfizieren und neu zu beziehen. Dem Personal würde dadurch viel Arbeit abgenommen werden. Ebenso wurde eine bereits vor drei Jahren installierte Sauerstoffanlage bis jetzt nicht in Betrieb genommen. Der Redner ersucht um Mitteilung, welche Gründe hierfür maßgebend waren. Es ist zu hoffen, daß die vor kurzem ins Leben gerufene Rationalisierungskommission ihre Arbeit bald aufnehmen und zu guten Ergebnissen kommen möge.

Der Redner verweist darauf, daß derzeit unter den Spitalsärzten eine gewisse Beunruhigung wegen Auflassung einer großen Zahl von Dienstposten in den städtischen Krankenanstalten besteht. Es sei kaum zu verstehen, daß man wegen Schwesternmangels ärztliche Dienstposten auflassen will, wo viele Ärzte noch bis zu 100 Überstunden monatlich leisten müssen.

— Eine Änderung müßte unbedingt in der Frage der Kostentragung für die Spitalsaufenthalte geistes- oder nervenkranker Patienten erfolgen. Nach der derzeitigen Gesetzeslage müssen die Krankenkassen nur die Hälfte der Verpflegskosten bezahlen, die andere Hälfte wird von den Patienten oder ihren Angehörigen eingehoben. Da derartige Krankheiten meist lange dauern, geraten die Betroffenen oder ihre Familien in große finanzielle Schwierigkeiten. Eine unterschiedliche Behandlung zwischen den Kranken, die leider noch im ASVG verankert ist, dürfte man keinesfalls zulassen. Die Arbeiterkammer hat bereits vorgeschlagen, eine entsprechende Novellierung des ASVG vorzunehmen. Ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, das zwar für Oberösterreich gefällt wurde, aber analog auch für Wien gelten müßte, besagt, daß auch von geistes- oder nervenkranken Patienten kein Ersatz der Verpflegskosten verlangt werden dürfte. GR. Dr. Hirnschall ersucht Stadtrat Dr. Glück, eine entsprechende Novellierung zum Wiener Krankenanstaltengesetz vorzubereiten.

Den Ansätzen der Geschäftsgruppe VI werde die FPÖ-Fraktion zustimmen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

14. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 bis 5 S je Kilo, inländische Karotten 3 bis 7 S je Kilo, inländisches Weißkraut 2.50 bis 5 S je Kilo.

Obst: Blonde Orangen sind bereits ab 4 S je Kilo erhältlich und kosten bis 10 S je Kilo.

- - -

Der nächste Redner ist GR. Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP). Er befaßt sich ausführlich mit den zwei großen Gefahren für den modernen Menschen: mit der Luftverunreinigung und der Lärm-erregung. Er bezeichnet es als Aufgabe der Stadtverwaltung, diesen Gefahren Einhalt zu gebieten. Mehrere Staaten, Länder und Städte haben bereits Vorschriften auf diesem Gebiet erlassen. Bei uns liegt zwar seit Jahren ein Entwurf des Städtebundes über ein Gesetz gegen die Luftverunreinigung vor, bis jetzt ist es aber noch zu keinem Beschluß darüber gekommen.

Luftverunreinigung: Es gibt zwei Arten der Luftverunreinigung, nämlich die staubförmige und die gasförmige. Die staubförmige Verunreinigung wird je nach Jahreszeit zu 50 bis 75 Prozent durch die Emissionen von Schornsteinen usw., zu 25 bis 50 Prozent durch Kraftfahrzeuge verursacht. Im Staub finden sich rund 3.000 verschiedene chemische Verbindungen. Darunter sind die Bleiverbindungen in den Abgasen der Kraftfahrzeuge besonders gefährlich.

Bei der gasförmigen Luftverunreinigung bilden Schwefeldioxyd und Kohlenmonoxyd die größten Gefahren. Industrie und Gewerbe haben bei der Bildung des Schwefeldioxyds hohen Anteil. Hier ist es aber bereits durch verschiedene Maßnahmen, wie den Einbau von Schornstein-Filtern usw. gelungen, die Verunreinigungen auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Auf diesem Gebiet wurde auch vom Wiener Gesundheitsamt schon viel geleistet.

Ein weiteres Problem bei der Luftverunreinigung bildet die sogenannte Entflechtung dicht bebauter Stadtgebiete. Es ist Aufgabe der Stadtverwaltung, hier helfend einzugreifen. Es ist jedoch nicht immer möglich, die Betriebe so abzusiedeln, wie es wünschenswert wäre. Die Beistellung geeigneter Tauschgründe könnte hier viel helfen.

Im Winter hat der Hausbrand den größten Anteil an der Luftverunreinigung. Die Kontrolle ist hier sehr schwierig. Die vermehrte Einführung von Gas- oder Stromheizung könnte vieles verbessern, dies ist jedoch derzeit aus bekannten Gründen nur in geringem Ausmaß möglich. Eine weitere Forderung wäre, in Neubauten nur noch Zentralheizungen einzubauen.

Messungen haben gezeigt, daß die Luftverunreinigung durch die Abgase der Kraftfahrzeuge vor allem an frequentierten Kreuzungen außerordentlich große Gefahren für den Menschen bildet. Der große Kohlenmonoxydgehalt der Luft ist auch für Kinder und Tiere besonders gefährlich. Heute gibt es in Wien rund 293.000 Kraftfahrzeuge, bis 1980 wird eine Zunahme auf 550.000 angenommen. Es ist klar, daß alles unternommen werden muß, um eine weitere Verschlechterung der Luft zu verhindern. Es sind zweifellos genügend Möglichkeiten dafür vorhanden, wie zum Beispiel die Maßnahmen zeigen, mit denen der Österreichische Touringclub begonnen hat. Durch eine Vergaserregulierung an bisher 5.000 Kraftfahrzeugen konnte der ÖAMTC eine Senkung des Kohlenmonoxydgehaltes der Abgase dieser Fahrzeuge um ein Drittel erreichen. In diesem Zusammenhang ist es besonders erfreulich, daß die Verkehrsbetriebe Autobusse auf Flüssiggas umstellen. Dadurch ist eine wesentliche Verbesserung der Verbrennung zu erreichen.

Lärmerregung: Hier sind genügend gesetzliche Bestimmungen zur Abhilfe vorhanden. Leider aber werden sie zu wenig angewandt und von jenen Leuten nicht beachtet, die es angeht. Lärm ist nicht nur lästig, sondern er bringt vor allem große Gefahren für die Gesundheit mit sich. So wurden bereits schwere Gehörschäden, Störungen des Zentralnervensystems, Herzleiden, Magen- und Darmerkrankungen und viele andere Krankheiten festgestellt, die durch zu großen Lärm verursacht werden.

Eine der größten Lärmquellen ist der Straßenlärm. Vor allem über die jugendlichen Mopedfahrer wird viel geklagt. Wenn Polizeipräsident Holaubek in einem Presseinterview erklärt, daß der Lärm eine Erscheinung unserer Zeit sei und es keine echte Lösung dieses Problems geben könne, so ist das nicht ganz richtig. In der Schweiz zum Beispiel werden Lärmsünder im Straßenverkehr rigoros bestraft. Es gibt nicht nur hohe Strafen für die Besitzer allzu lauter Fahrzeuge, und unter Umständen kann bei Lärmdelikten sogar der Führerschein entzogen werden. Außerdem gibt es in der Schweiz hohe Strafen für das laute Zuschlagen von Autotüren und für die berühmten "Kavaliersstarts".

Auf diesem Gebiet gäbe es jedenfalls ein reiches Betätigungsfeld auch für unsere Exekutive. Polizeipräsident Holaubek hat zwar

erklärt, daß es zu wenig Polizeibeamte gebe, hingegen gibt es aber genügend Polizeibeamte zur Überwachung und Bestrafung von Parksündern, die der Gesundheit der Bevölkerung keineswegs schaden.

Auch gegen den Baulärm könnte viel geschehen. Die Bundesrepublik Deutschland hat heuer ein Gesetz beschlossen, das alle vermeidbaren Geräusche bei Baumaschinen untersagt und detaillierte Bestimmungen über Lärmschutzvorrichtungen enthält. Vor zwei Jahren stellte die ÖVP den Antrag, Aufträge nur an solche Baufirmen zu vergeben, die geräuscharm arbeiten.

Vor allem ist der Wohnbereich vor Lärm zu schützen. Dazu gehören die Erschließung ruhiger Wohngebiete, die Planung von schallgeschützten Wohnungen und die Überwachung ihrer Durchführung. Leider gibt es bis jetzt keine Novellierung der Bauordnung in diesem Sinne.

Die Kosten für Maßnahmen gegen Lärm und Luftverunreinigung sind sicher geringer als die volkswirtschaftlichen Verluste durch gesundheitliche Schädigungen.

Eine der wichtigsten Aufgaben in diesem Zusammenhang ist auch die Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels.

GR. Diplom.-Volkswirt Karoline Pluskal (SPÖ) begrüßte die Intensivierung der Schwangerenberatung und die Leistungen der 53 Mutter und Kind-Beratungsstellen. Wenn die Säuglingssterblichkeit in Wien trotzdem noch immer 2,9 Prozent beträgt, muß man sich nach den tieferen Ursachen fragen: 1964 wurden in Wien 19.952 Kinder lebend geboren. Davon waren 1.480 Frühgeburten mit einem Geburtsgewicht von weniger als 2.500 Gramm. Von diesen starben 25 Prozent vor Erreichung des ersten Lebensjahres. Diese Sterblichkeitsrate bei den Frühgeburten erhöht die Säuglingssterblichkeit in Wien, die ohne letztere nur 1,1 Prozent betragen würde. Also muß gegen die Frühgeburten etwas unternommen werden. Bei diesen ist das Gesamtmilieu ein bestimmender Faktor. Gerade dieser Faktor aber kann durch die Schwangerenberatung positiv beeinflusst werden. Freilich müssen die Frauen auch bereit sein, hinzugehen.

./.

Der schulärztliche Dienst sollte auch den Kampf gegen den Alkohol unterstützen, da vielleicht Zusammenhänge zwischen unkonzentrierten Kindern und alkoholsüchtigen Eltern bestehen. Auch die Sportvereine müßten gegen den Alkoholmißbrauch wirken und die Spitzensportler sollten hier Vorbilder sein.

Die Dezentralisierung der Schulzahnkliniken könnte auch dazu führen, daß sich weniger Kinder behandeln lassen, weil die vielen berufstätigen Mütter nicht die Zeit finden, mit ihren Kindern die fünf Schwerpunktstationen aufzusuchen. Vielleicht ließen sich von seiten der Schulen - außerhalb der Schulzeit - gruppenweise Fahrten in die Kliniken organisieren.

Die Tbc-Anfälligkeit der Wiener Kinder liegt weit unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt. Eine neue Gefahrenquelle ergibt sich aber durch die Fremdarbeiter. Man müßte deren Arbeitsbewilligung daher von einer Tbc-Untersuchung abhängig machen.

In der Heil- und Pflegeanstalt Ybbs, die durch den Kraftwerksbau Grundflächen verloren hat, sollten bis zum 150 jährigen Bestandsjubiläum der Anstalt im Jahre 1967 Ersatzgründe für die Erholung der Pfléglinge beschafft werden.

Die Aufwertung des Schwesternberufes muß auch durch die Ärzte gefördert werden, die in den Schwestern nicht Handlanger sondern Mitarbeiterinnen sehen sollten.

Ein weites Betätigungsfeld wird die Rationalisierungskommission haben, da im Spitalbetrieb sicher mancher Leerlauf herrscht.

Vor allem müssen wir uns um die Vermenschlichung des Spitalwesens bemühen. Denn bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen dürfen wir den Menschen nicht vergessen, darf der Mensch nicht zu kurz kommen, weder der im Spital Beschäftigte, noch der auf das Spital Angewiesene.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) behandelt Probleme alter Menschen. Durch den Fortschritt der Wissenschaft haben die Menschen im allgemeinen eine höhere Lebenserwartung. Die alternden Menschen wollen aber auch etwas von ihrem Alter haben.

Gleichzeitig werden freilich auch die Sorgen, die sich ihnen aufdrängen, von Jahr zu Jahr größer. Sie wollen nicht der Allgemeinheit anheimfallen, sie wollen, soweit es geht, selbst für ihr Alter sorgen. Da entsteht die Frage der Heimhilfe. Leider ist unser gestriger diesbezüglicher Antrag von Frau Stadtrat Jacobi nicht zur Abstimmung gebracht worden, mit der Begründung, der Verein, dem die Heimhilfe obliege, sei ein Privatverein und man könne sich nicht einmischen. Nun ist der Standort dieses Vereins das Amtshaus in der Gonzagagasse und ein Beamter der Gemeinde Wien hat die Aufsicht darüber. So hätte sich die Frau Stadtrat zumindest mit der Leitung dieses Vereins ins Einvernehmen setzen können.

Ein wesentliches Problem ist die Betreuung der pflegebedürftigen alten Menschen. Darum unsere alte Forderung nach richtigen Alterskrankenhäusern. Dazu muß das Sozialministerium endlich das Krankenanstaltengesetz durchbringen. Eine große Hilfe sind uns die von Privaten betriebenen Altersheime. Wir haben insgesamt 12.000 Betten in Altersheimen. 4.700 davon, rund ein Drittel, werden privat betreut. Wir können diesen privaten Institutionen nur von ganzem Herzen dankbar sein, daß sie uns eine so große Sorge für die älteren Bürger unserer Stadt abnehmen. Wir müssen ihnen aber auch helfen; denn nur eine Hilfe anzunehmen ohne Gegenleistung, ist nicht sehr schön für eine große Stadt.

Dr. Stürzer bringt dann einen Antrag auf Schaffung einer Schwesternakademie ein. Auch für Krankenpflegeberufe sollte endlich wie bei den Ärzten eine Institution zur Fortbildung geschaffen werden. Ziel einer solchen Schwesternakademie wäre die Vermittlung von neuen Erkenntnissen auf medizinischem Gebiet und deren Konsequenzen in der Krankenpflege, sowie die Heranbildung von Führungspersonal wie Stationschwestern, Oberschwestern usw.

Schließlich regt Gemeinderätin Dr. Stürzer die Schaffung neuer Lehrlingsheime an.

GR. Fischer (SPÖ) weist darauf hin, daß es bei allen Infektionskrankheiten nur 22 Todesfälle gegenüber 26 im Vorjahr gegeben hat. Er begrüßt auch die angekündigte Prophylaxe gegen Wundstarrkrampf. Auch bei der Tbc-Bekämpfung wurden erfreuliche Erfolge erzielt. Leider aber gibt es noch zwei Krankheiten, die als Geißel der Menschheit bezeichnet werden müssen: Krebs und Rheuma.

Bei Krebs kann vor allem durch die Frühdiagnose viel geholfen werden. Der Redner verlangt daher die Einführung einer turnusmäßigen Untersuchung der Bevölkerung, die zur Pflicht gemacht werden soll. Wir brauchen auch eine Zentralstelle für die Krebsuntersuchung.

Auch bei Rheuma müßte alles getan werden, um eine Prophylaxe wirksam werden zu lassen.

Zum vielzitierten Personalmangel meint der Redner, daß der Hauptgrund der sei: ein persönlicher Dienstleistungsberuf kann keine Fünf-Tage-Woche und keine geregelte Freizeit kennen. Man sollte deshalb neben anderen Maßnahmen den Schwestern die Tagessorgen erleichtern, vor allem die Wohnungssorgen. Die Schwesternheime sollten auch wirkliche Wohnungen sein und nicht unter Aufsicht stehende Heimzimmer.

Der Redner regt ferner zur Entlastung der Schwestern den verstärkten Einsatz technischer Mittel an. Er nennt unter anderem Gegensprechanlagen und Fernsehen.

Bei der Werbung für den Schwesternberuf verspricht er sich durch einen persönlichen Kontakt von Ärzten und Schwestern mit den Hauptschülerinnen am meisten.

Was die Klagen über zuwenig Krankenbetten anlangt, so möge man bedenken, daß heutzutage kein Kranker mehr daheim gepflegt wird. Die Verweildauer beträgt bei uns im Durchschnitt 15 bis 22 Tage, während sie in den USA unter zehn Tagen liegt. Hier findet die Rationalisierungskommission ein großes Arbeitsfeld. Es sei zum Beispiel schleierhaft, warum zwischen Freitag und Montag keine Entlassungen durchgeführt werden können. GR. Fischer verweist auch darauf, daß Vorarlberg bei seinen Spitalern eine Mitbeteiligung aus den Einzugsgebieten verlangt. Vielleicht könnte man in Wien einen ähnlichen Weg gehen, wo 17 Prozent der Patienten in den Spitalern Nichtwiener sind.

Bei der "Versorgung" der alten Menschen meint der Redner, die Leitworte sollten sein: Wiederertüchtigung, Beschäftigung, Aufmunterung! Er verweist auf das Beispiel Dänemark wo eine "Stadt der alten Mitbürger" ins Leben gerufen wurde. Man muß den alten Menschen das Gefühl geben, daß sie auch weiterhin ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft sind.

Viel wurde auch von den geplanten Bauten auf dem Spitalssektor gesprochen. In diesem Zusammenhang muß man auch der bauausführenden Stelle, dem Stadtbauamt, herzlichst danken.

GR. Blaschka hat über die Luftverunreinigung gesprochen, und davon, daß auf diesem Sektor dringend etwas geschehen müßte. Leider hat er nicht dazu gesagt, daß der vom Städtebund auf Verlangen der Gemeinde Wien eingebrachte Gesetzentwurf infolge von Kompetenzschwierigkeiten noch beim Handelsministerium liegt. Der Redner möge also bei den seiner Partei angehörnden Ministern intervenieren.

Abschließend dankt GR. Fischer allen Ärzten, dem Haus- und Pflegepersonal, den Direktoren und allen übrigen Bediensteten der Altersheime und Krankenanstalten, aber auch allen Bediensteten der zuständigen Magistratsabteilungen für die gute Arbeit, die sie auch im Jahr 1965 geleistet haben. Ohne ihr Können und ihre Liebe für diesen Beruf hätte die Arbeit nicht den erwiesenen Erfolg gezeitigt. Wir hoffen alle, daß auch der Arbeit des Jahres 1966 derselbe Erfolg beschieden sein möge.

Den Ansätze der Geschäftsgruppe V werde die SPÖ-Fraktion gerne zustimmen.

GR. Dozent Dr. Gisel (SPÖ) stellt fest, daß es eine ganz neue Disziplin in der Medizin gibt, die sogenannte Nuklearmedizin. Im Krankenhaus Lainz betreiben wir seit einigen Jahren eine kleine im Ausbau befindliche Isotopenstation. Der Redner schildert die Vorgangsweise dieser neuen Untersuchungsmethode, bei der mit Hilfe von strahlender Substanz, die in die Blutbahn eingebracht wird, Krankheitsherde lokalisiert werden können. Hinsichtlich der Kostendeckung sollte man bei Einführung jeder neuen Disziplin der Medizin eine Absprache treffen.

./.

Zur Frage der Gastarbeiter: Von den nach Österreich einreisenden Gastarbeitern ist ein größerer Prozentsatz tuberkulös angesteckt, drei Prozent leiden sogar an offener Tuberkulose. Es erhebt sich nun die Frage, wie diese Gastarbeiter gesundheitlich erfaßt werden, damit sie nicht zu einer Infektionsquelle für unsere Bevölkerung werden.

Zu klären wäre auch die Frage, ob der derzeitige Verköstigungssatz für das Psychiatrische Krankenhaus nicht zu gering ist.

Wie GR. Dr. Gisel aus einem an ihn gerichteten Brief entnimmt, wurde einer ehemaligen Patientin des Psychiatrischen Krankenhauses nun, da sie wieder einer Beschäftigung nachgeht, eine Vorschreibung für den Krankenhausaufenthalt übermittelt. Die Frau verdient derzeit wöchentlich netto 379 Schilling, dieser Betrag soll sich durch Exekution nun auf 168 Schilling vermindern, was für die Betreffende nicht tragbar ist. Der Redner stellt die Frage, ob eine Lohnpfändung in einem solchen Ausmaß überhaupt möglich ist.

Seine letzte Frage geht dahin, wann Stadtrat Dr. Glück erfahren hat, daß die Indonesierinnen, die im Wilhelminenspital arbeiten, keine voll ausgebildeten diplomierten Schwestern sind, sondern Schwesternschülerinnen.

Stadtrat Dr. Glück dankt in seinem Schlußwort den Debattenrednern für ihre Anregungen, die er zur Kenntnis nehmen und überprüfen will, und vor allem auch für die kritischen und anerkennenden Worte.

Zu den Privatspitälern: Die finanzielle Situation der Privatspitäler ist tatsächlich äußerst ernst, in letzter Zeit besonders deshalb, weil Mitte November von der Gewerkschaft der Bediensteten dieser Spitäler eine Lohnforderung erhoben wurde. Diese Forderung besteht absolut zu Recht, denn in einigen Privatspitälern hat eine Schwester im ersten Dienstjahr um 700 Schilling weniger als im Gemeindedienst. Natürlich gibt es auch innerhalb der Privatspitäler einige, die besser dran sind. Besonders schwierig ist die finanzielle Lage bei den evangelischen Krankenhäusern. Den Privatspitälern müsse also sehr rasch geholfen werden.

Auf vielen Gebieten müssen gesetzliche Lösungen getroffen werden, ob es sich um das Tuberkulosegesetz oder die Aufbringung der Mittel für die Spitäler handelt. Es gibt kein Land, wo die Gesundheitspolitik so nebenbei behandelt wird wie in Österreich.

Bei den Krankenschwestern wird man nur mit dem Hinweis auf die Berufung nicht viel weiterkommen. Die Bezahlung ist schon eine sehr wichtige Anerkennung der geleisteten Arbeit. Die Forderung nach einem neuen Gehaltsschema im Krankenpflegeberuf ist sicher nicht aus der Luft gegriffen. Wichtig ist auch die Errichtung von Krankenpflegeschulen und die Schaffung von Fortbildungsmöglichkeiten. Die Fortbildung ist hier genauso wichtig wie bei den Ärzten.

Es war uns bekannt, daß nur drei oder vier der indonesischen Schwestern ein Diplom haben. Aber wir können nicht von unterentwickelten Ländern verlangen, daß sie uns hochspezialisierte Kräfte schicken und wir sozusagen die Unterentwickelten sind. Es ist schon auch ein bißchen Hilfe für die unterentwickelten Länder dabei. Wir verwerten das Arbeitspotential dieser Schwestern und bilden sie zugleich aus. Sie stellen sich sehr klug an.

Es wäre zu überlegen, den Vertrag mit den geistlichen Schwestern zu ändern, der derzeit äußerst ungünstig für die Orden ist. Sie bekommen 60 Prozent des ~~Angeh~~ ^{angeh}altens einer diplomierten weltlichen Schwester, unabhängig davon, ob sie 20 oder 30 Jahre im Gemeindedienst arbeiten. Die Diskrepanz wird noch größer, wenn man bedenkt, daß praktisch für eine geistliche Schwester zwei weltliche gebraucht werden. Vielleicht könnte man es verhindern, daß sie sich in ihre Anstalten zurückziehen, wenn man sie finanziell mehr unterstützt und annähernd den weltlichen Schwestern gleichstellt.

Bei der Besetzung der Primärärzte wird unsererseits grundsätzlich der primo loco Gereichte vorgeschlagen, gleichgültig welcher Partei er angehört. Selbstverständlich soll auch ein Gemeindefacharzt die Chance haben, leitender Arzt zu werden. In den letzten Jahren sind sehr viele Gemeindefachärzte primo loco vorgeschlagen worden und haben dann auch die betreffende Stelle bekommen. Selbstverständlich ist auch der an zweiter oder dritter Stelle Gereichte für einen Primärarztposten geeignet. Er hat eben nur das Pech, daß sich ein Fähigerer um dieselbe Stelle beworben hat. Gerade bei der Besetzung der Primärarztstellen soll nur auf die Worte des Fachgremiums gehört werden.

Zur Forderung nach Schaffung von eigenen Krebspitälern erwidert Dr. Glück, daß ohnehin Schwerpunktspitäler bestehen. Man darf nicht vergessen, daß es verschiedene Krebsarten gibt, und wenn man Spezialteams bildet, dann kommt man zu Schwerpunktspitälern, die wir ohnehin haben.

Die über die Schluckimpfung angeführten Zahlen betreffen nur die Meldungen der Gesundheitsämter. Man darf aber nicht vergessen, daß die Schluckimpfung auch von praktischen Ärzten, Kinderärzten usw. verabreicht wird.

Die Gemeinde Wien hat in den großen Spitälern eigene Apotheken und ist daher in großem Maße Selbstversorger. Natürlich wird auch von pharmazeutischen Industrien eingekauft. Die Entscheidung ist vielfach den Primärärzten überlassen. Die hierfür eingesetzte Summe spricht für eine gewisse Großzügigkeit, die aber auf diesem Gebiet zweifellos notwendig ist.

Die für das Elisabethspital eingesetzte erste Rate ist tatsächlich sehr gering, aber hier ist noch nicht entschieden, wie die Heizung eingerichtet wird. Im Rudlffspital ist tatsächlich der Saal 29 renoviert worden, knapp bevor der Neubau beschlossen wurde. Aber es ist so eine Kleinigkeit, daß man deswegen den Neubau nicht zurückstellen soll. Da das ganze sicher noch vier Jahre in Betrieb sein wird, müssen auch unterdessen Renovierungsarbeiten durchgeführt werden.

Die Denkschrift der Ärzte, die natürlich auch er bekommen hat, bezeichnet Stadtrat Dr. Glück als eine eher prophylaktische Maßnahme. Er stellt in diesem Zusammenhang fest, daß die Zahl der Ärzte an den städtischen Krankenhäusern in den Jahren 1955 bis 1965 von 823 auf 1159 gestiegen ist. Dabei erhöhte sich die Zahl der Anstaltsleiter in den vergangenen zehn Jahren von 93 auf 104, jene der Oberärzte von elf auf 64, der Assistenten von 145 auf 214, der Sekundärärzte von 432 auf 590 und der Konsiliarfachärzte von vier auf 43. Härtetfälle sind bisher nicht aufgetreten.

Die Sauerstoffanlage im Franz Josef-Spital wird noch diese Woche dem Betrieb übergeben. An den Verzögerungen waren die Lieferfirmen schuld.

Die Schwangerenberatung ist von entscheidender Bedeutung. In diesem Zusammenhang ist es eine äußerst wichtige Maßnahme, daß jetzt die Übergabe der Säuglingspakete mit der Bestimmung der Wassermannreaktion und der Blutgruppe verknüpft ist. Die Säuglingssterblichkeit wird heuer wahrscheinlich 2,8 Prozent erreichen. Es ist eine Tatsache, daß die Säuglingssterblichkeit auf der ganzen Welt vom Norden nach dem Süden zunimmt.

Der Berichterstatter spricht sich sodann für die Zentralisierung der Schulzahnkliniken aus. Wenige, gut ausgestattete und gut besuchte Schulzahnkliniken sind besser als viele schlechtbesuchte mit mangelhafter Einrichtung. Im übrigen wäre es außerordentlich wichtig, die Kinder schon vor der Schulzeit von Zahnärzten untersuchen zu lassen. Hier müßte man auf die Eltern aufklärend einwirken.

Die Fremdarbeiter werden vom Arbeitsamt, von dem sie die Arbeitsbewilligung bekommen, zum Amtsarzt geschickt. Der sogenannte Seuchenfreiheitsschein, den sie mitbringen, entspricht nicht immer den Tatsachen; außerdem gibt es auch viele Schwarzarbeiter unter den Fremdarbeitern. Es werden aber alle untersucht. Im übrigen wird jetzt täglich ein Erlaß des Sozialministeriums erwartet, der dieses Problem für ganz Österreich regeln soll.

Lainz kann man nicht in eine Alterscity umwandeln, da 95 Prozent der Altersheiminsassen krank sind. Es besteht daher die Pflicht, solche Heime als Alterskrankenhäuser zu deklarieren.

Die Kritik an der zu langen Aufenthaltsdauer der Patienten in unseren Krankenhäusern ist durchaus berechtigt. Der Berichterstatter erklärt, er sei sehr erstaunt gewesen, als er hörte, daß die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Patienten in den amerikanischen Großkrankenhäusern nur sechs bis sieben Tage beträgt. Dies halte er für etwas zu kurz. Im Wilhelminenspital jedoch beträgt die Aufenthaltsdauer durchschnittlich 22 Tage. Das sei zweifellos zu lang. Der goldene Mittelweg wäre hier durchaus von Vorteil. Eine Lösung dieses Problems ist jedoch sehr schwierig. Die ganze Angelegenheit wird gegenwärtig vom Primärärztekollegium behandelt.

Die Verköstigungsquote im Psychiatrischen Krankenhaus beträgt derzeit 11.50 Schilling. Dies wird mit Recht kritisiert. Bei der Verwaltungsgruppe für Finanzwesen wurde bereits ein Antrag um Erhöhung der Quote gestellt; dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Nach einer Urgenz wurde von der Verwaltungsgruppe II mitgeteilt, daß das Kontrollamt erst zustimmen müsse. Nun liegt der Antrag beim Kontrollamtsdirektor, der eine wohlwollende Behandlung zugesagt hat.

Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die Geisteskranken gesetzlich anders behandelt werden als die übrigen Kranken. Hier darf kein Unterschied in der Gesetzgebung gemacht werden.

Die indonesischen Schwestern sind zwischen 18 und 24 Jahre alt. (Zwischenruf von Vizebürgermeister Dr. Drimmel: "Das wollte ich schon lange wissen!")

Damit ist die Debatte über das Gesundheitswesen beendet.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des V. Hauptstückes einstimmig angenommen. Der Antrag der ÖVP (Schaffung einer Schwesternakademie) wird einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Die Vorsitzende, GR. Nora Hiltl, unterbricht die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen, Mittwoch, den 15. Dezember, um 9 Uhr mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VI (Bauangelegenheiten) fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Kurt Heller (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes).

- - -

Albert Ehrenzweig zum Gedenken

=====

14. Dezember (RK) Auf den 16. Dezember fällt der 10. Todestag des Schöpfers des österreichischen Versicherungsrechtes Sektionschef a.D. Univ.-Prof. Dr. Albert Rudolf Ehrenzweig.

Er wurde am 29. Juni 1875 in Baden bei Wien geboren und widmete sich nach Absolvierung des Jusstudiums der richterlichen Laufbahn. 1916 erfolgte seine Habilitierung für Zivilprozeßrecht an der Wiener Universität und seine Berufung in das Versicherungsamt des Innenministeriums. 1919 wurde ihm die Leitung des Amtes übertragen. Nach der Okkupation Österreichs übersiedelte Ehrenzweig in die Vereinigten Staaten. 1949 kehrte er in die Heimat zurück und wurde zum Honorarprofessor für bürgerliches Recht und Zivilprozeß an der Wiener Universität ernannt. Seine wissenschaftliche Tätigkeit galt von vornherein den modernen Gebieten des Privatrechts. Ehrenzweig verfaßte 1918 den maßgebenden Kommentar zur neuen Anfechtungsordnung. Später beschäftigte er sich hauptsächlich mit dem Versicherungsrecht. Er veröffentlichte kommentierte Ausgaben des Gesetzes über den Versicherungsvertrag. 1929 erschien die große Publikation "Rechtsordnung der Vertragsversicherung". Grundlegend war seine systematische Darstellung "Versicherungsvertragsrecht (Reichsrecht und Österreichisches Recht mit den tschechoslowakischen Besonderheiten)" aus dem Jahre 1935. Ehrenzweig verfaßte auch zahlreiche Zeitschriftenartikel und war Mitarbeiter der "Juristischen Blätter". Seine Schriften zeichneten sich durch souveräne Beherrschung des Stoffes, überzeugende Logik und klare sprachliche Gestaltung aus.

- - -

Die Renner-Preise 1965

=====

Wirdiger Abschluß des Jubiläumsjahres: Wiener Universität
und Technische Hochschule Wien als Preisträger

14. Dezember (RK) Zum 12. Mal seit ihrem Bestehen werden heuer Preise aus der Dr. Karl Renner-Stiftung verliehen. Diese trägt den Namen des großen Staatsmannes und geistigen Vaters der Ersten und Zweiten Republik, an den sich unser Volk stets dankbar erinnern wird. Der Wiener Gemeinderat hat Dr. Renner anlässlich der Vollendung seines 80. Lebensjahres durch die Errichtung der Stiftung ein sinnvolles Geburtstagsgeschenk gemacht.

Nach den geltenden Richtlinien können Einzelpersonen und Personengemeinschaften in den Genuß der Stiftung treten. Diese ist dazu bestimmt, Verdienste um die Republik Österreich zu belohnen. Es muß sich dabei um Leistungen von ganz besonderer Art handeln: Um ein mutiges, beispielgebendes Verhalten, das unter den erswerendsten Umständen erfolgt und geeignet ist, die mitmenschlichen Beziehungen und das Zusammengehörigkeitsgefühl zu vertiefen, um ein Wirken von weittragender Bedeutung auf sozialem, politischem, kulturellem, wissenschaftlichem, künstlerischem, technischem und wirtschaftlichem Gebiet, durch welches das Ansehen des Landes und seiner Bundeshauptstadt erhöht wird.

Auf Grund eines einstimmigen Vorschlages des von ihm eingesetzten Kuratoriums hat der Herr Bürgermeister bestimmt, daß der Preis des Jahres 1965 zwischen der Wiener Universität und der Technischen Hochschule Wien geteilt wird, sodaß auf jede ein Geldbetrag von 100.000 Schilling entfällt. Die beiden jubelnden Hohen Schulen, von denen die eine heuer ihr 600jähriges Bestehen gefeiert hat, die andere vor 150 Jahren gegründet wurde, sind für die österreichische Wissenschaft von größter Wichtigkeit und mit dem kulturellen Leben Wiens untrennbar verbunden.

Durch die Zuerkennung des Renner-Preises an die Wiener Universität und an die Technische Hochschule Wien soll am Ende des Jubiläumsjahres 1965 noch einmal deutlich zum Ausdruck gebracht werden, wieviel Österreich und Wien ihnen verdanken.

Die feierliche Preisverleihung findet im Jänner 1966 im Rathaus statt.

- - -

Wieder höhere Fürsorgetenten in Wien

=====

14. Dezember (RK) Auf Antrag von Stadtrat Maria Jacobi genehmigte heute die Wiener Landesregierung eine neuerliche Erhöhung der Fürsorgetenten ab 1. Jänner 1966. Die Richtsätze sind zuletzt am 15. Dezember 1964 mit Stichtag vom 1. Jänner und 1. Juli 1965 erhöht worden.

Die Erhöhung erfolgte damals in Anlehnung an die zu dem gleichen Termin in Kraft getretene Erhöhung der Richtsätze für die Ausgleichszulagen in der Sozialversicherung, und zwar für jene Hilfebedürftigen, die das 65. beziehungsweise 60. Lebensjahr überschritten haben oder arbeitsunfähig sind. Dazwischen erfolgte am 1. Mai 1965 eine Erhöhung sämtlicher Richtsätze um je fünf Schilling als Abgeltung der damaligen Milchpreiserhöhung.

Die Richtsätze der Ausgleichszulagen in der Sozialversicherung werden nun ab 1. Jänner 1966 für Eigenpensionisten und Witwen neuerlich um 64 Schilling erhöht, für den miterhaltenen Ehegatten um 25 Schilling und für das miterhaltene **um** sieben Schilling. Es werden daher in Wien die Richtsätze Kind der öffentlichen Fürsorge für alte und erwerbsunfähige Personen (gehobene Fürsorge) in gleichem Ausmaß ab 1. Jänner 1966 erhöht. Außerdem sollen auch die Richtsätze der allgemeinen Fürsorge für junge und arbeitsfähige Personen, die - abgesehen von der Erhöhung um fünf Schilling ab 1. Mai 1965 - seit Jänner 1962 nicht erhöht worden waren, etwas angehoben werden.

Die erhöhten Richtsätze des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien werden daher ab 1. Jänner 1966 folgendermaßen lauten:

Gehobene Fürsorge: Für Alleinstehende 799 Schilling (bisher 735 S), für Hauptunterstützte im Familienverband 779 Schilling (bisher 715 S), für Mitunterstützte ohne Kinderbeihilfenanspruch 375 Schilling (bisher 350 S), für Mitunterstützte mit Kinderbeihilfenanspruch 282 Schilling (bisher 275 S).

Allgemeine Fürsorge: Für Alleinstehende 450 Schilling (bisher 415 S), für Hauptunterstützte im Familienverband 400 Schilling (bisher 385 S) und für Mitunterstützte mit oder ohne Kinderbeihilfenanspruch 230 Schilling (bisher 205 S).

Die für die Gemeinde Wien sich daraus ergebenden Mehrauslagen betragen für das Jahr 1966 schätzungsweise 7,120.000 Schilling.

- - - -

Wiener Feuerwehr erhält Lederpelerinen

=====

14. Dezember (RK). In der heute abgehaltenen Sitzung des Wiener Stadtsenates dankte Bürgermeister Bruno Marek offiziell den Männern der Feuerwehr der Stadt Wien, die bei der Bekämpfung des Brandes der Messe-Westhalle eingesetzt waren. Er wies darauf hin, daß der Brand nicht nur nach kurzer Zeit schon lokalisiert war, sondern daß bei den Löscharbeiten in schonungsvollster Weise vorgegangen worden ist.

Stadtrat Rudolf Sigmund, dem die Feuerwehr der Stadt Wien untersteht, gab einen näheren Bericht über die Löscharbeit, wobei er auf die Schwierigkeiten und Gefahren hinwies, die den Feuerwehrmännern durch das Zerbersten der großen Glasscheiben der Westhalle erwachsen sind. Es hat sich dabei herausgestellt, daß die Feuerwehrmänner wohl über einen guten Kopfschutz verfügen, die Bekleidung des Oberkörpers jedoch unter solchen Umständen nicht ausreicht. Er teilte mit, daß er dem städtischen Finanzreferenten Vizebürgermeister Felix Slavik vorgeschlagen habe, als neuartige Schutzkleidung eine Anzahl von Lederpelerinen anzuschaffen und dafür großes Verständnis gefunden habe.

Abschließend teilte Bürgermeister Marek mit, daß der Betrieb der Frühjahrsmesse durch den Brand keinerlei Beeinträchtigung erfahre. Bereits heute werden von der Moosbrunner Glasfabrik neue Tafeln geliefert und morgen beginnt ein Team von drei Firmen mit dem Einschneiden der großen Glasscheibe..

- - -

Schweinehauptmarkt vom 14. Dezember

=====

14. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 5.941, Polen 1.522, Bulgarien 550, DDR 889, Dänemark 498. Gesamtauftrieb: 9.400. Verkauft wurde alles. Auslands-schlachthof: Inland 419, zu 14.20 bis 16.20 S, Ungarn 1.314 zu 13.50 bis 14.60 S. Industrieware: Polen 143, Ungarn 680, Industrieware: Jugoslawien 37, Polen 364.

Preise: Extremware 16 S (16.20), 1. Qualität 15 bis 15.80 S, 2. Qualität 14 bis 15 S, 3. Qualität 13 bis 14 S, Zuchten extrem 13 S, Zuchten 12 bis 12.80 S; Altschneider 10 bis 11 S.

Ausländische Schweine notierten: Polen 13.40 bis 15.40 S, Bulgarien 13.30 bis 14.50 S, DDR 13.50 bis 14.40 S, Dänemark 14 bis 15.50 S,

Der Gesamtdurchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um 20 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 14.60 S. Der Durchschnittspreis ~~ermäßigte~~ sich bei: bulgarischen Schweinen um 16 Groschen und beträgt 13.62 S, dänischen Schweinen um 21 Groschen und beträgt 14.98 S, DDR Schweinen um 17 Groschen und beträgt 13.73 je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für polnische Schweine erhöhte sich um zwei Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 14.11 S. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine ermäßigte sich um sieben Groschen und beträgt nunmehr 14.06 S.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 14. Dezember

=====

14. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 73 Stück, hievon sechs Fohlen. Verkauft wurden als Schlachttiere 60 Stück, als Nutztiere drei Stück, unverkauft blieben zehn Stück.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 43, Oberösterreich 5, Kärnten 4, Steiermark 4, Burgenland 17.

Preise: Schlachttiere Fohlen 14 bis 15.50 S, Pferde extrem 9.70 bis 12.50 S, 1. Qualität 8.60 bis 9.50 S, 2. Qualität 7.30 bis 8.50 S, 3. Qualität 5 bis 7.20 S; Nutztiere Fohlen 7.60 bis 9.20 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für inländische Schlachtpferde um neun Groschen und für inländische Schlachtfohlen um 106 Groschen je Kilogramm. Er beträgt für Schlachtpferde 7.97 S, für Schlachtfohlen 14.50 S, für Schlacht- und Nutzpferde 7.98 S, für Pferde und Fohlen 8.62 S.

- - -